

Handelsblatt-Thema

## **Am Tropf der Politik**

**GESUNDHEITSFONDS:** Vor sechs Monaten stiegen die Beiträge massiv, seit gestern gibt es Rabatt. Doch was erwartet die Kassenpatienten nach der Wahl?

Von Peter Thelen

Technisch läuft der unpopuläre Gesundheitsfonds allen Unkenrufen zum Trotz reibungslos. Doch die Wirtschaftskrise zehrt an den Finanzen: Weil die Löhne kaum noch steigen und die Arbeitslosigkeit zunimmt, fehlen dem Fonds bereits dieses Jahr rund drei Mrd. Euro. 2010 wächst das Einnahmedefizit nach Schätzungen der AOK auf sieben Mrd. Euro. 2011 könnten es schon 13 Mrd. sein. Der Bund hilft in diesem Jahr mit einem Darlehen aus, das die Kassen ab 2011 zurückzahlen müssen. Außerdem erhöht er den Steuerzuschuss an den Fonds um sieben Mrd. Euro, um den Einheitsbeitrag rechtzeitig vor der Wahl von 15,5 auf 14,9 Prozent zu senken. Seit gestern können sich die 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten darüber freuen. Doch 2010 kommt die Stunde der Wahrheit. Bisher gibt keine Partei Antworten, wie die Löcher gestopft werden. Geschieht nichts, muss jeder Versicherte schon 2010 einen Zusatzbeitrag von bis zu 430 Euro im Jahr zahlen. Wie Parteiprogramme und Koalitionsszenarien aussehen.

**CDU/CSU:** Am größten scheint die Ratlosigkeit bei der Union zu sein, wie es mit dem Gesundheitsfonds weitergeht. Von ihrer Reformoption des Leipziger Parteitags, eine einheitliche Gesundheitsprämie für alle einzuführen, haben sich CDU und CSU sang- und klanglos verabschiedet. Das Wort Gesundheitsfonds kommt im Wahlprogramm kein einziges Mal vor. Nur unverbindlich ist von Korrekturen, etwa an der neuen Honorarordnung für Ärzte und dem Finanzausgleich zwischen den Kassen, die Rede. Doch hinter den Kulissen gärt es vor allem in der CSU. "Ich würde den Fonds lieber heute als morgen abschaffen und zu individuellen Beiträgen für jede Kasse zurückkehren", sagt ihr Gesundheitsexperte Max Straubinger.

**SPD:** Das Reformrezept der SPD würde relativ schnell mehr Geld in den Gesundheitsfonds spülen. Die Partei will nicht nur den bislang auf 14 Mrd. Euro begrenzten Steuerzuschuss auf bis zu 25 Mrd. Euro erhöhen, um alle versicherungsfremden Leistungen zu finanzieren - von der Schwangerschaft bis zur beitragsfreien Versicherung von Kindern und nicht arbeitenden Partnern. Zur SPD-Idee einer Bürgerversicherung gehört auch, dass die Privatversicherung mit ihren Alterungsrückstellungen von über 110 Mrd. Euro in den Gesundheitsfonds integriert wird. Auch viele Sozialdemokraten meinen, dass der Fonds kein Problem im Gesundheitswesen gelöst hat. Offiziell aber heißt die Parole: Der Fonds bleibt.

**FDP:** Die FDP wird der Union in der Gesundheitspolitik das Leben schwermachen, sollten beide Parteien nach der Wahl eine schwarz-gelbe Koalition eingehen. Denn die Liberalen wollen nicht nur dafür sorgen, dass der Gesundheitsfonds wieder abgeschafft wird. Sie wollen darüber hinaus den an den Bruttolohn gekoppelten Krankenkassenbeitrag durch exakt die Gesundheitsprämie ersetzen, die die Union gerade beerdigt hat. Die Privatkassen will die FDP für alle Bürger öffnen und im Gegenzug auch die gesetzlichen Kassen privatisieren. Die Ärzte sollen eine Gebührenordnung in Euro und Cent erhalten. Den gerade

erst ausgeweiteten Finanzausgleich zwischen den Kassen will die FDP wieder stützen.

**Die Grünen:** "Eine für alle, statt Flucht aus der Solidarität" - mit diesem Slogan wollen die Grünen ähnlich wie die SPD private und gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung zusammenführen. Doch anders als die Sozialdemokraten halten sie ein solches Konzept weder für vereinbar mit dem seit Januar geltenden Einheitsbeitrag noch mit dem Gesundheitsfonds. Der Fonds zwingt die Kassen, Leistungen zu kürzen, um Zusatzbeiträge zu vermeiden. Zusatzbeiträge müssen Kassen erheben, die mit dem Geld aus dem Fonds nicht auskommen. Den Fonds wollen die Grünen daher abwickeln. Ansonsten setzen sie wie die SPD auf mehr Prävention und Wettbewerb zwischen Kassen und Leistungsanbietern.

**Die Linke:** Auch die Linke steht für die Bürgerversicherung und will den Gesundheitsfonds abschaffen. Ihr Konzept ist aber radikaler als das von SPD und Grünen: So will die Linke die heutige Beitragsbemessungsgrenze von 3 675 Euro im Monat abschaffen und damit Gutverdiener stärker als bisher zur Kasse bitten. Sie sollen auch von Zinsen, Dividenden und Mieten ohne Obergrenze Kassenbeiträge zahlen. Den Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent, den die Versicherten seit 2005 zusätzlich zum von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu zahlenden allgemeinen Beitragssatz aufbringen müssen, will die Linke abschaffen. Höhere Steuerzuschüsse wie bei der SPD stehen nicht in ihrem Wahlprogramm.

## **SCHWARZ-GELBE KOALITION**

Daniel Bahr, der Gesundheitsexperte der FDP, hat Chancen, bei einer Koalition mit der Union zumindest als Staatssekretär ins Gesundheitsministerium einzuziehen. Doch er wird die als schwarz-gelbe Gesundheitsministerin gehandelte Ursula von der Leyen kaum überzeugen können, den Gesundheitsfonds abzuschaffen und die alte Unionsidee der Gesundheitsprämie wiederzubeleben. Das weiß die CSU zu verhindern. Dass der Staat die Finanzlöcher im Fonds durch neue Steuerzuschüsse stopft, ist bei Schwarz-Gelb eher nicht zu erwarten. Stattdessen drohen den Versicherten Zusatzbeiträge, vielleicht sogar ohne die noch geltende Begrenzung auf ein Prozent des Einkommens.

## **GROSSE KOALITION**

Bei einer Neuauflage der Großen Koalition dürfte Ulla Schmidt Gesundheitsministerin bleiben - und mit ihr bleibt der Gesundheitsfonds. Herumdoktern an den Krankheitssymptomen des Fonds ist dann angesagt. Es gibt einen heftigen Streit darüber, ob die Kassen die krisenbedingten Finanzlöcher über Zusatzbeiträge der Versicherten stopfen müssen. Da die öffentlichen Kassen leer sind, wird es Schmidt schwer fallen, neue Steuerzuschüsse durchzusetzen. Eher kommt eine Erhöhung des gerade gesenkten Einheitsbeitrags. Vorteil für die Versicherten: Die Arbeitgeber müssten sich dann zur Hälfte an der Schließung der Finanzlöcher im Gesundheitsfonds beteiligen.

## **AMPEL-KOALITION**

Rechnerisch hätten die Bürgerversicherungspläne von SPD und Grünen in einer Ampelkoalition mit der FDP die Mehrheit. Doch so sehr die Liberalen aus früheren Bündnissen gewohnt sind zurückzustecken: Die Einheitsversicherung werden sie nicht schlucken. Eher ist möglich, dass der Gesundheitsfonds abgeschafft wird. Dagegen spricht jedoch, dass die Finanzprobleme der Kassen im Herbst so drängend sein werden, dass es wohl auch bei einer Ampel nicht zu mehr reichen wird als dem Herumdoktern an Symptomen. Die Alternativen wären dann: mehr Steuern ins System oder ein höherer Einheitsbeitrag. Flächendeckende Zusatzbeiträge würden dagegen wohl weder die Grünen noch die SPD mittragen.